

und K
brann
auf de
auf dem
andlung
wet sch
ge
ng.
ben und
ben:
r phy
I nach
ane
s der
e,
mopath
hb.
Wirth
um so
fle:
95.
e obert
October
st eine
en.
gebene
ch ver
ri.

vierteljährlicher Abonnements-Preis
für Halle und unsere unmittelbaren
Abnehmer 22 $\frac{1}{2}$ Sgr. Durch die resp.
Post-Anstalten überall nur:
26 $\frac{1}{4}$ Sgr.

Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-
genommen: In Leipzig in der Buch-
handlung von S. Richter, Universi-
tätsstraße, Paulinum. In Mag-
deburg in der Kreuzschen Buch-
handlung, Breitenweg Nr. 166.

Sallische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 155.

Halle, Sonntag den 7. Juli
Hierzu eine Beilage.

1850.

Provinzial-Gewerbe-Ausstellung.

Obwohl bereits recht zahlreiche Anmeldungen zur diesjäh-
rigen Gewerbe-Ausstellung eingegangen sind, und die Frist zu
Anmeldungen mit dem 1. d. M. abgelaufen ist, so sind wir
dennoch bereit, Anmeldungen bis spätestens zum 15. d. M. ent-
gegen zu nehmen.

Gegenstände, welche später oder erst bei der Einsendung
angemeldet werden sollten, würden wir entweder zurückschicken
müssen, oder wir würden ihnen, falls noch Raum vorhanden
sein sollte, mindestens nicht den gewünschten Platz im Ausstel-
lungslokale anweisen können.

Wir bemerken hierbei nochmals, daß Anmeldungs- und
Einsendungs-Formulare in unserm Bureau, Neue Ulrichsstraße,
Nr. 7, in den Wochentagen von 8—12 und 2—6 Uhr zu
haben, und für die auswärtigen Aussteller bei den königlichen
Landraths-Ämtern dergleichen Formulare niedergelegt sind. Die
Einsendung der angemeldeten Gegenstände erfolgt vom 15. bis
31. d. Mts.

Magdeburg, den 1. Juli 1850.

Das Gewerbe-Ausstellungs-Comité.

Verzeichniß der

in der Sitzung der Stadtverordneten
am 8. Juli d. J. zu verhandelnden Gegenstände.

- 1) Ablösung des Erbpachtsrechts von der Lehmbreite.
- 2) Eichungs-Amts-Rechnung pro 1849.
- 3) Beschlußnahme über Verwendung des der Stadt zufallen-
den Antheils vom Jagdpachtgelde.
- 4) Antwort der Regierung wegen der Bürgerwehr.
- 5) Wegfall des Staatszuschusses für die Armentasse.
- 6) Verpachtung des Hauses Nr. 2018/9.
- 7) Verhandlungen über den Gemeinbezirk.
- 8) Niederlassungsgesuch eines Ausländers.

Deutschland.

Halle, d. 6. Juli. Fortfahrend, aus den amtlichen Ak-
tenstücken des wiener Kabinetts nachzuweisen, wie sich Oesterreich
zur Reorganisation Deutschlands gestellt und welche Mittel es an-
gewendet habe, jede, auch die in den Bedürfnissen begründetste
Forderung zu vereiteln, begegnen wir zunächst den beiden Depes-
schen vom 8. und 13. März 1849. Hier heißt es: „Als
die kaiserliche Regierung — die Einigung des großen Kaiser-
staates in sich zu einem auf neuer Grundlage wohlgeordneten
Ganzen als die naturgemäß und nothwendig der Regelung des
Verhältnisses Oesterreichs zu Deutschland vorausgehende Bedin-
gung aufstellte, gab sie nach ihrer Ansicht den Beweis, wie
ernstlich ihr um das Zusammenstehen mit Deutschland, um die
mögliche Einigung des deutschen Gesamtvaterlandes zu einem
lebensstarken, den gedachten Wünschen des denkenden Thei-
les des deutschen Volkes entsprechenden Körper zu thun sei.“
Dieser Beweis, dessen sich das wiener Kabinet rühmt, besteht
darin, daß es seine deutschen Provinzen von Deutschland los-
riß, gegen den Inhalt der Verträge, gegen Recht und Gesetz
los riß. Diese Losreißung giebt das Kabinet als ernstliches
Zusammenstehen mit Deutschland, als „Einigung des deutschen
Gesamtvaterlandes“ und als eine „Lebenserstarkung“ Deutsch-
lands aus. Unmittelbar darauf fährt die Depesche fort: „Oester-
reich, auf seine eigene Macht und Verfassung gestellt, kann seine
deutschen Provinzen nicht aus dem innigen Verbande reißen,
der die Monarchie zur Einheit gestaltet.“ Dieser innige Ver-
band war aber zu keiner Zeit anders als in dem lockern Ver-
hältniß des regierenden Hauses zu den einzelnen Kronländern
vorhanden gewesen; erst die Verfassung vom 4. März hatte ein
staatsrechtliches Band geschaffen, aber dieses Bindemittel stand
vorerst noch auf dem Papier und war noch ein Kind von 9
Tagen, dessen Geburt damals noch nicht einmal in allen Kron-
ländern Oesterreichs bekannt sein konnte. In beiden Depeschen
ging übrigens Oesterreich einen bedeutenden Schritt weiter, als
in den frühern Kundgebungen. Das wiener Kabinet verwarf
nicht nur den Bundesstaat, sondern auch die konstitutionelle
Staatsform für Gesamtdeutschland. Es forderte für Deutsch-
land das Gruppensystem; Deutschland sollte in 7 Kreise getheilt
werden, und die Vorsteher dieser Gruppen sollten Oesterreich,

Preußen, die vier Kleinkönige und Kurhessen sein. Wien forderte statt des Parlaments „ein Haus, aus mittelbarer Wahl hervorgegangen, das nicht durch eine Volksvertretung über oder neben ihm gelähmt wird.“

Die Richtung der wiener Politik ist keine zweifelhafte; sie will die Schwächung Deutschlands, sie will den österreichischen Aristokratismus, diesen in dem Sinne, wie wir es bei der Betrachtung der neuesten agrarischen Reformen nachgewiesen haben. „Es lag immer und zu allen Zeiten in der Politik der Großmächte, die Bildung kleiner Staaten zu begünstigen,“ sagt Graf Ficquelmont; und dieser Ausspruch ist die Basis der österreichischen Politik von dem Augenblick an, als die Hoffnungen des wiener Hofes auf Machtzuflüsse aus Deutschland sich nicht erfüllten.

Am 3. April 1849 erließ Preußen eine Einladung an sämtliche deutsche Regierungen, worin der Zweck der Einladung mit folgenden Worten angegeben war: „Se. königliche Majestät sind, dem“ (von der Nationalversammlung an ihn) „ergangenen Rufe Folge leistend, und eingedenk der Ansprüche, welche ihm Preußens Stellung in Deutschland gewährt, entschlossen, an die Spitze eines deutschen Bundesstaates zu treten, der aus denjenigen Staaten sich bildet, welche demselben aus freiem Willen sich anschließen möchten. Die Formen dieses Bundesstaates werden wesentlich davon abhängen, wie viel und welche Staaten sich demselben anschließen.“ Während am 14. April Baden, beide Hessen, Oldenburg, beide Mecklenburg, Holstein, Lauenburg, Braunschweig, Nassau, die sächsischen Herzogthümer, die Regierungen von Reuß, Schwarzburg, Anhalt, Waldeck, Hohenzollern und die vier freien Städte ihre Bereitwilligkeit erklärten, lehnte Oesterreich alle Theilnahme ab und legte in der Depesche vom 8. April in fast übermüthigem Tone Verwahrung gegen etwaige Beschlüsse und daraus hervorgehende Folgen ein.

Am 9. Mai 1849 erließ die preussische Regierung eine umfassende Denkschrift über die künftigen Verhältnisse Deutschlands und Oesterreichs. Der Kern der Denkschrift liegt in folgenden Sätzen: „die tief im Herzen der deutschen Nation wurzelnden Forderungen, ohne deren Erfüllung keine dauernde Ruhe in Deutschland eintreten und der Revolution kein Ziel gesetzt wird, lassen sich auf Folgendes zurückführen:

- 1) Die Herstellung der Macht und Einheit Deutschlands, mit der Möglichkeit eines gemeinsamen und kräftigen Auftretens vor dem Auslande und einer freien und fruchtbaren Entwicklung wahrhaft freisinniger Institutionen im Innern;
- 2) Die Schöpfung einer kräftigen, nicht durch die Möglichkeit innern Widerspruchs in sich selbst gelähmten, also einer einheitlichen Exekutivgewalt;
- 3) Die Bildung einer Nationalvertretung im Staatenhaus und Volkshaus mit gesetzgebenden Befugnissen.“

In Bezug auf die Verbindung Deutschlands mit Oesterreich wird in der Denkschrift die Nothwendigkeit einer Union nachgewiesen und als Grundzüge derselben bezeichnet:

„gegen das Ausland sind beide Glieder der Union untrennbar eins und verbunden; nach Innen aber bilden sie zwei selbstständige Körper mit eigener Gesetzgebung, zwischen beiden findet dann eine fernere Vereinigung statt durch freie Verträge, welche die möglichste Ausgleichung und Verknüpfung der beiderseitigen materiellen Interessen fixer stellen und deren immer weitere Entwicklung möglich machen.“

Oesterreich verwarf alle diese Vorschläge in einer Denkschrift vom 16. Mai, und fortsetzt: wenn auch nur als Provisorium

ein dreiköpfiges „Direktorium“ als deutsche Centralgewalt, bestehend aus Oesterreich, Preußen und Baiern; denn das wiener Cabinet „legte hohen Werth auf der Deutschen (?) Könige Theilnahme an der Bildung der neuen provisorischen Centralgewalt.“ Man erinnere sich, daß der eine deutsche König damals auf den Königstein geflüchtet und daß es Preußen war, welches ihn zurückführte; daß bald darauf preussische Waffen den Glanz der bayerischen Krone in der Pfalz retteten und daß der dritte deutsche König von seinem eignen Volk gezwungen wurde, die Reichsverfassung vom 28. März anzuerkennen. Im Angesicht dieser offenkundigen Thatsachen ist es beinahe wunderbar, wenn der österreichische Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg in dem Promemoria am 19. Mai behauptet: „nur auf Preußen, Oesterreich und die königlichen Höfe, welche der Macht ihrer Feinde bis jetzt noch zu widerstehen vermochten; ist der gefährdeten Gesellschaft letzte Hoffnung gestützt.“ Und 14 Tage darauf, am 3. Juni betrauten die russischen Heere den Boden Ungarns, um den wankenden Thron Oesterreichs, das sich anheischig machte, die Empörungen in Deutschland niederzuschlagen, zu stützen. Die gefährliche Ungunst der Umstände zwang dem wiener Cabinet damals die Vorsicht auf, Preußen sehr schonend zu behandeln. „Da Preußen, wie nicht zu verkennen ist, die bedeutendsten Kräfte in den Kampf führt, wird ihm auch gewiß gerne ein diesen wichtigen Leistungen entsprechender Einfluß auf die Verwendung der Gesamtmacht gegönnt werden.“

Endlich kam eine neue provisorische Centralgewalt für Deutschland zu Stande. Oesterreich hatte den Vortheil, dafür, daß es alles gethan hatte, um Deutschland an der Neugestaltung zu hindern, Theilhaber dieser Interimsbehörde geworden zu sein. Preußen hatte wenigstens das erreicht, daß Oesterreich seine Präsidialbefugnisse mit Preußen theilte, daß das Interim nicht, wie Oesterreich vorgeschlagen, „von den deutschen Regierungen verabredet,“ sondern von Preußen und Oesterreich oktroyirt und daß Baiern ausgeschlossen wurde.

Unterdessen war die durch die Bündnisse vom 26. Mai ins Leben gerufene deutsch-preussische Union bis zu dem Entschluß gekommen, einen Reichstag der unierten Gebiete nach Erfurt zu berufen. Sofort erließ das Wiener Cabinet 28. Nov. eine geharnischte Verwahrung gegen die Berufung eines Reichstags, welche mit den Worten schloß: „Wir würden, wenn dem auf die Ausschreibung und Einberufung eines sogenannten Reichstages bezüglichen Beschlüsse des Verwaltungsrathes weitere Folge gegeben werden sollte, den Zusammentritt eines solchen, die Gründung des für unzulässig erkannten Bundesstaates einleitenden Versammlung, als dem Bundesvertrage zuwider erklären, und deren zur Lösung dieser Aufgabe zu fassenden Beschlüssen im Voraus jede Geltung und Wirksamkeit absprechen müssen.“ Gleichzeitig aber und schon kurz vorher in der Depesche des Wiener Cabinets an seinen Gesandten in Berlin vom 12. Nov. 1849 stellte Oesterreich den Satz auf „daß die Bundesversammlung durch die Auflösung der Bundesversammlung nicht außer Kraft gesetzt sei.“ Oesterreich ging zurück bis auf den Bundestag! So weit konnte sich eine deutsche Regierung in den Mitteln, eine deutsche Reform herbeizuführen, vergriffen!

bleiben wir hier einen Augenblick stehen, um noch einmal zurückzublicken auf das ganze Gewirr österreichischer Depeschentzueugungen. Das Wiener Cabinet eröffnete am 27. Nov. 1848 die pro. e Aussicht, daß „das verjüngte Oesterreich“ und das „verjüngte Deutschland“ ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich bestimmen würden. Es erklärte am 4. Febr. 1849, daß es einem deutschen Bundesstaate mit Oesterreich nie beitreten

könne; es behauptete am 9. März, daß die Verfassung Oesterreich vom 4. März, wodurch der österreichische Centralstaat geschaffen wurde, „die vorausgehende Bedingung der Regelung des Verhältnisses Oesterreichs zu Deutschland sei.“ Und der österreichische Bundespräsidialgesandte hatte am 12. Juli 1848 die Bundesversammlung aufgelöst, ihre Thätigkeit als beendet, erklärt, hatte den Reichsverweser als provisorischen „Regenten“ an die Stelle des Staatenbundes gestellten Bundesstaates proklamirt. Trotz aller dieser Geständnisse und weltgeschichtlichen Vorgänge kam Fürst Schwarzenberg zur Behauptung, daß die Bundesverfassung nach wie vor Geltung und Wirkung habe. Nach solcher Logik mußte denn auch die ehemalige ungarische Verfassung oder der Vereinigte Landtag gleichfalls, noch rechtlichen Bestand haben. Oesterreich ist gewohnt, mit der günstigen Gestaltung seiner inneren Lage auch seine Forderungen in Deutschland zu steigern. Zuerst wollte es die beiderseitigen Beziehungen nach der Neugestaltung beider Staatenkomplexe festgestellt wissen, ein Paar Monate später wünschte das Wiener Kabinet die Eintheilung Deutschlands in 7 oder 9 durch mittelbare Wahlen in sich vertretene Körper, die ihre Abgeordneten um die Centralgewalt stellen, und es wollte nur einen dieser Körper bilden. Sodann erklärte dasselbe Kabinet in einer Note an Baiern (20. Jul. 1849) „Oesterreich könne einen Reichstag nicht beschicken, weil es sich nicht mit allen, sondern nur mit seinen deutschen Provinzen zu betheiligen vermöge, dieses aber nach Maßgabe der gegenwärtigen Verfassung rein unausführbar erscheine. Erst müsse man die festere Gestaltung Oesterreichs im Innern abwarten. Das Kabinet erkenne die Nothwendigkeit einer größern Einigung Deutschlands und den dringenden Wunsch der Nation nach derselben. Es stemme sich nicht gegen eine Nationalvertretung, die dem Bundesorgane beizugeben sei.“

Nachdem die Tapferkeit der russischen Armee die österreichische Regierung vor dem Untergange gerettet hatte, war das Kabinet Wiens in Deutschland anmaßender, es verlangte das alte, ihm aber von Preußen nicht gewährte Präsidialrecht; es protestirte gegen die Berufung des Reichstags, aber der Reichstag kam dennoch zusammen und Preußen bewies der österreichischen Regierung (21. Nov. u. 12. Dez.), daß diese weder den Willen noch die Macht habe, ihren Bundespflichten zu genügen und daß schon dadurch Oesterreich, dasselbe Oesterreich, welches seit 1848 auch nicht eine einzige Bundespflicht erfüllt habe, das Seine zur Lösung der Bundesverfassung beigetragen und außerdem wie kein anderer Staat durch bundeswidrige Losreibungen sogar das Bundesrecht und den Bund selbst verlegt habe. Oesterreich hatte gezögert mit seinem ganzen Gesamtstaate in den deutschen Bund zu treten. Fürst Schwarzenberg hatte am 20. Juli nach Baiern die Erklärung gesandt, Oesterreich könne sich mit seinen slavischen Provinzen am deutschen Reichstage nicht betheiligen. Dagegen erschien der österreichisch-bayerische Entwurf für eine deutsche Reichsverfassung vom 27. Febr. 1850, und Oesterreich tritt darin mit dem dritten Theil der deutschen Vertreter auf. Zuerst nannte das Wiener Kabinet den Eintritt des Gesamtstaats von Oesterreich in den deutschen Bund eine Unmöglichkeit, und dann forderte es diesen Eintritt als eine Nothwendigkeit, die es immer geltend gemacht habe; zuerst verwarf es die Volksvertretung bei dem Bundesorgane als eine Gefährdung des ganzen Centraleuropas und dann machte es ein Volkshaus aus Deutschen, Czechen, Magyaren, Polen, Kroaten und Zigeunern zur unerläßlichen Bedingung, und dies im Namen der Sicherheit Centraleuropas.

Den letzten Schritt zur Herstellung untergegangener Zustände that das Wiener Kabinet durch die einseitige Berufung des Plenums des alten Bundestages zum 10. Mai 1850. Die

vier deutschen Kleinkönige und ein Paar andre von den deutschen „Großfürsten“ sind dieser Annäherung an den Bundestag, wenn auch in milderer Form, gefolgt. So wurde den Erlassen der sächsischen und hannoverschen Kabinette vom 1. u. 7. Nov. 1849 auf die Unvereinbarkeit der dauernden Rechte des deutschen Bundes von 1815 mit der Wirksamkeit eines engeren Bundesstaates innerhalb dieses Bundes hingewiesen. Aber diese Regierungen hatten vergessen, daß sie beim Abschlusse des Mainbündnisses für die Rechtsgültigkeit desselben die Bundesakte (Art. 11) anriefen, daß sie sich also dann als der völligen Uebereinstimmung der Bundesrechte von 1815 mit den Rechten des engeren Bundes auch ihrerseits bewußt waren. Auch der bayerische Premier-Minister nahm sich im Anschlusse an den österreichischen Protest gegen die Berufung des erfurter Parlaments der Verfassung von 1815 sehr warm an, während er noch am 19. Juli 1849 an das wiener Kabinet schrieb: „Es ist unbestreitbar, daß eine unveränderte Wiederherstellung der Bundesverfassung unmöglich ist, weil sie den Ueberzeugungen des deutschen Volks, den wiederholten Versprechungen aller deutschen Regierungen und den Bedürfnissen der Gegenwart widersprechen würde. Schon die Feststellung der neuen Gesamtverfassung kann in Folge der bestimmten Erklärungen der deutschen Regierungen im vorigen Jahre nicht mehr durch eine Auktoryrität, sondern nur unter Mitwirkung einer Volksvertretung herbeigeführt werden, wenn die deutsche Revolution zu einem dauernden Abschlusse gebracht werden soll.“ Und heute sitzt ein Gesandter desselben Herrn Ministers im Bundespalais zu Frankfurt, sich fruchtlos mühend, d. n. verbliebenen Bundestag mit seiner zerrissenen Bundesverfassung zu galvanisiren.

Die Unternehmungen Oesterreichs, dahin gerichtet, nicht nur den politischen Einfluß Preußens zu schwächen, sondern auch Institutionen zu Grunde zu richten, welche seit langer Zeit der Stolz Deutschlands waren und als reiche Quelle des Wohlstandes den Reiz der Nachbarn rege machten, werden Gegenstand der nächsten Beleuchtung sein; die heutige Erörterung schließen wir mit den Worten der Deutschen Zeitung:

„So machen wir also die Wahrnehmung, daß deutsche Regierungen nach Belieben das Weiße für schwarz und das Schwarze für weiß ausgeben und heute bestreiten, was sie gestern für richtig erkannten. Oesterreich verlangt die alte Bundesverfassung, gründet aber einen Einheitsstaat, ohne mit den deutschen Bundes-Regierungen Rücksprache genommen, oder über seine Stellung zum deutschen Bunde eine sichere Erklärung gegeben oder in die Verfassung vom 4. März aufgenommen zu haben. Es behauptet die Giltigkeit der Verträge von 1815 und will gegen Art. 6 der wiener Schlußakte mit seinem Gesamtstaate in den Bund treten. Die österreichischen Länder können bei ihrer unabhängigen Gesetzgebung dem Bunde nicht mehr die Verpflichtungen leisten, nichts desto weniger soll dieser bestehen, ja für Oesterreich der auf die Bundesangelegenheiten so großen Einfluß ausübende Vorschlag bleiben. In diese Stellung hat sich Oesterreich selbst versetzt. Der Staat aber, der sich eigenmächtig in eine solche Lage versetzt, daß er dem durch Vertrag verbundenen nicht mehr die vertragmäßigen Leistungen gewähren kann, löst faktisch so lange sein Vertragsverhältniß auf, bis er von seinem einseitigen Vorschreiten zurückkehrt.“

Berlin, d. 5. Juli. Se. Maj. der König haben geruht: Dem pensionirten Chauffeurwärter Berger zu Düsseldorf, Regierungs-Bezirk Merseburg, das Allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Steuermann Wilhelm Karl Möckel zu Magdeburg, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Der Prinz und die Prinzessin Peter von Oldenburg sind nach London und der außerordentliche Gesandte und

bevollmächtigte Minister am Kaiserl. österreichischen Hofe, Graf v. Bernstorff, nach Wien abgereist.

Das Protokoll der heutigen Sitzung des provisorischen Fürsten-Kollegiums wird nach dessen Vollzug in der nächsten Sitzung veröffentlicht werden.

Stuttgart, d. 3. Juli. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung verlas der Präsident ein Schreiben des Staatsraths v. Linden sowie ein königl. Reskript, demzufolge die Steuerverwilligung von zwei Monaten angenommen wird. Es treten nunmehr die neuernannten Minister: v. Miller, v. Messen, v. Birken, v. Knapp ein (der des Aeußern und des Kirchen- und Schulwesens scheint noch auszustehen) und Staatsrath v. Linden verkündigt sofort die Auflösung der Landesversammlung. Um 11 Uhr wird der Ausschuss gewählt. Zunächst für den engern Ausschuss verkündet der Präsident folgendes Resultat: Gewählt sind: Röbinger, Schnizer, Feyer, Stockmaier, Mohl. In den größern Ausschuss werden gewählt: Tafel, A. Seeger, Pfahler, Reyscher, Mack, Schweichhardt. Präsident Schoder erhebt sich jetzt und wendet sich noch, etwa in folgenden Worten, an die Versammlung: „Die Stunde des Abschieds ist gekommen. Als ich im December 1849 einige Abschiedsworte an Sie richtete, sprach ich aus, daß die Auflösung der Kammer verfassungsmäßig sei, wenn die Regierung entschlossen sei, den Willen des Volks zu achten. Das Volk hat gesprochen, es hat eine Versammlung gewählt, bei der die Regierung kaum auf eine Stimme zählen konnte. Die Regierung hat aber den Willen des Volks nicht geachtet. Nun stehen neue Minister an der Spitze der Regierung; das System ist dasselbe geblieben, die Kammer abermals aufgelöst. Ob sich die Regierung der Stimme des Volk fügen wird, wird sich zeigen. Wir aber können Das getrost aussprechen: Die Landesversammlung hat ihre Pflicht gethan. Es standen ihr nur zwei Wege offen, entweder an ihrem Rechte festzuhalten, oder allmählig immer weiter nachzugeben und damit die eigene Stellung aufzulösen. Die Kammer hat das Erste gethan, hat den Kampf geführt mit Mäßigung und Festigkeit. Der Partei, welche sagt: Ihr habt vergeblich das Brot des Volkes gegessen, sage ich: Die Kammer hat treu fürs Recht gestritten. Gehen Sie mit gutem Gewissen, fahren Sie fort zu kämpfen für Recht und Freiheit, helfen Sie durch Lehre und Beispiel die Sittlichkeit fördern, und wo Sie Muthlose finden, richten Sie sie auf mit dem Dichtermorte, das ich Ihnen noch zurufe:

Verharret muthig und bedenket:
Der Freiheit Morgen steigt herauf,
Ein Gott ist's, der die Sonne lenket,
Und unaufhaltsam ist ihr Lauf.“

Abg. Schott der Aeltere dankt im Namen der Versammlung dem Präsidenten wie für diese kräftige Abschiedsrede, so für die treffliche Führung seines Amtes, was mit lebhaftem Beifall und durch Erheben der Abgeordneten von ihren Sitzen bestätigt wurde.

Mainz, d. 3. Juli. Die Nachricht, daß der Freiherr v. Dalwig das Ministerium des Innern nur provisorisch angenommen und eventuell den Rücktritt in seine seitherige Stellung sich vorbehalten habe, hat sich bestätigt. Die Stellvertretung des Freiherrn v. Dalwig in Mainz übernimmt provisorisch der seitherige Dirigent der Regierungskommission in Hephenheim, Regierungsrath Schmitt.

Hannover, d. 3. Juli. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde der Bau der Südbahn mit 41 gegen 11 Stimmen genehmigt. Für die erste Betriebs-Einrichtung und den Bau selbst sind 11,104,728 Thlr. verwilligt.

Dresden, d. 2. Juli. Aus einem Artikel des alten Dresdner Journals geht hervor, daß die Meinung, welche

ministerfreundliche Seelen zu verbreiten gesucht haben, als sei Bakunin nur zum Verhöre an Oesterreich ausgeliefert worden, und als werde er nach beendigtem Verhöre von Oesterreich wieder nach Sachsen geschafft werden, eine irrige ist. Die sächsische Regierung erklärt vielmehr, daß sie auf Grund eines Bundesbeschlusses von 1836 Bakunin für immer an Oesterreich ausgeliefert hatte.

Dresden, d. 3. Juli. Das durch die todtten Stände in's Leben zu rufende neue Wahlgesetz ist im Entwurfe fertig und natürlich noch vormärzlicher ausgefallen, als der Entwurf, den das Ministerium dem lektaufgelösten Landtage vorgelegt hatte. Die Wahlen für beide Kammern sind indirect und auf Census gegründet, der namentlich für die erste Kammer sehr hoch gegriffen ist. Wir glauben nicht, daß dieses neue Wahlgesetz anders als durch Detroyirung in's Leben treten werde, da nach Allem, was wir hören, selbst die erste Kammer der alten Ständeversammlung kaum in beschlußfähiger Anzahl zusammenkommen wird. (D. R.)

Kiel, d. 3. Juli. Bis zum 6. d. Mts. soll die ganze schleswig-holsteinische Armee in ihrer vollen Kriegstärke kampferüftet dastehen; es befinden sich bis jetzt nur noch 4 Bataillone in Glückstadt, Wandsbeck, Altona und Elmshorn, die täglich Marschordre nach dem Norden erwarten; alle übrigen Truppen befinden sich bereits in und um Rendsburg.

Es sind hier viele aus dem Norden Schlesiens angekommen, welche aus Furcht vor Inhaftirungen aus Hadersleben, Apenrade und Flensburg, wegen Theilnahme an der Wahlhandlung, sich entfernt haben. (D. R.)

Wien, d. 2. Juli. Eine unverkennbare Sensation erregt heute die Nachricht, daß von den in der Lombardei gefangenen Banditen erfahren wurde, wie die sardinische Regierung die in Alessandria internirten lombardischen Flüchtlinge in einer Nacht an die österreichische Gränze geführt und dort nach dem lombardischen Gebiete hin freigelassen habe. Von diesen Flüchtlingen sind nun viele heimatlos oder so kompromittirt, daß sie nicht in die Heimath zurückkehren können; die meisten sind ohne Existenzmittel. Natürlich ist es daher, daß sie die Banden verstärkt haben, welche die ganze Lombardei unruhig und unsicher machen, und die Klagen der österreichischen Regierung gegen die sardinische scheinen in diesem Falle nur zu berechtigt.

In der Lombardei hat es an Anerbietungen der Amnestie von Seiten Oesterreichs nicht gefehlt, und wenn weiter nichts als diese erreicht werden wollte, so stand der sardinischen Regierung der offizielle Weg offen, und es ist in der That nicht mit freundschaftlichen Gesinnungen vereinbar, daß gerade obige gefährliche Weise benutzt wird, die Unglücklichen ihrem Vaterlande wiederzugeben. Aus Sardinien wird von großer Geldverlegenheit der Regierung gemeldet, dieselbe mag jedoch in unsern Blättern wohl etwas übertrieben werden.

Aus Malta vom 16. Juni wird dem „Lloyd“ berichtet: „Das ganze englische Mittelmeer-Geschwader liegt im hiesigen Hafen vor Anker und wird sich nächstens nach Gibraltar begeben.“

Im „Lloyd“ liest man: „Nach Handels-Berichten aus Cernin scheint die Nachricht, als sei der bulgarische Aufstand zu Ende, nicht verbürgt zu sein. Es gelang wohl, einige Distrikte für die Regierung zu gewinnen, allein bei der Verbreitung des Aufstandes im ganzen Lande und bei den großen Bedrückungen, welche sich die Aufständischen vor ihrer Erhebung gefallen lassen mußten, dürfte die Beruhigung derselben im friedlichen Wege nicht so leicht möglich sein, als allgemein angenommen wird; besonders da der Aufstand förmlich organisirt wurde und durch Emissaire fortwährend genährt wird.“

Frankreich.

Paris, d. 2. Juli. Die von vielen Seiten gewünschte Verlängerung der Präsidentschaft Louis Napoleon Bonaparte's wird, wie aus den besten Quellen versichert wird, sehr bald zur Tagesfrage werden und offenbar eine der bedeutendsten Krisen herbeiführen. Da diese Frage die Verfassung direct berührt, indem nach dem Wortlaut derselben der gegenwärtige Präsident nach Ablauf seines Mandats während der folgenden vier Jahre nicht wieder wählbar ist, und eine Abänderung der Verfassung zu seinen Gunsten auch erst in zwei Jahren und nur unter gewissen Bedingungen eintreten könnte, so wird es sich also zugleich um das Fortbestehen der Verfassung selbst handeln. In dieser Hinsicht stellt die „Patrie“ folgende bemerkenswerthe Betrachtungen an: „Welches ist das sicherste, praktischste und den Interessen des Landes am meisten entsprechende Mittel, die Verfassung abzuändern? Es giebt zweierlei Mittel dazu: die gesetzlichen Formen oder die Anwendung der Gewalt, Revision oder Staatsstreich. Es giebt wiederum zweierlei Arten der Revision: die verfassungsmäßige, das heißt die Revision in den von der Verfassung vorgeschriebenen Formen, und die Revision durch die gesetzgebende National-Versammlung. Es giebt eben so zwei mögliche Arten von Staatsstreich: ein Staatsstreich durch den Präsidenten der Republik, und ein Staatsstreich durch die National-Versammlung. Wir werden diese vier Mittel nach einander discutiren. Wir fangen mit dem ersten an, das heißt mit der Revision in den von der Verfassung von 1848 vorgeschriebenen Bedingungen. Wir erklären und werden beweisen, daß man dieses Mittel von vorn herein in das Wasser werfen muß, weil es das Princip der Volks-Souveraineté und der Verfassung selbst verkehrt, weil es in seinen verschiedenen Arten gefährlich ist, und weil es, was allem Anderen die Krone aufsetzt, sich gar nicht ausführen läßt.“ In Bezug auf letzteren Punkt sagt die „Patrie“ alsdann: „Die verfassungsmäßige Revision läßt sich bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der National-Versammlung nicht ausführen. Wenn selbst, was noch sehr schwierig wäre, alle die verschiedenen Fractionen der Ordnungspartei sich über die zu revidirenden Artikel verständigten, so würden sie doch nicht die von der Verfassung gewünschte Stimmzahl vereinigen. Auf 750 Stimmen der gegenwärtigen National-Versammlung zählt der Berg in Verbindung mit der Mittel-Partei (Zierspartei) wenigstens 230, d. h. mehr als ein Viertel.“ Die „Patrie“ schließt ihre heutigen Betrachtungen mit den Worten: „Sollen sich nun die Anhänger einer monarchischen Restauration oder der Verlängerung der Gewalt des Präsidenten damit zufrieden geben? Wir glauben das Gegentheil und werden dies mit leichter Mühe rechtfertigen.“

Es bestätigt sich vollkommen, daß mehrere Mitglieder der Majorität den Antrag stellen werden, das Gesetz über die Bürgermeister noch vor der Vertagung zu discutiren. Der Minister des Innern wird dadurch Gelegenheit erhalten, die Gründe zu entwickeln, welche der Regierung dieses Gesetz als dringend nothwendig erscheinen lassen. Die Anhänger des Gesetzes hoffen diesmal auf den Abfall der gemäßigten Legitimisten (der Freunde Berryer's) von der äußersten Rechten. In jedem Falle wird das neue Botum über das Bürgermeister-Gesetz ein bedeutendes parlamentarisches Ereigniß werden.

Es heißt in wohlunterrichteten Kreisen, daß der Präsident der Republik für Hrn. von Persigny den Posten eines Minister-Staatssekretärs, der auch unter dem Kaiserreich bestand und den der Herzog von Bassano zuletzt bekleidete, errichten will. Derselbe würde alsdann, ohne gerade Minister-Präsident zu sein, die Wirksamkeit der verschiedenen Ministerien in vielen Angelegenheiten centralisiren und auf diese Weise gewisser Maßen das Alter ego der Executiv-Gewalt sein. ; Wahrscheinlich würde er

nicht auf der Ministerbank in der National-Versammlung Platz nehmen.

Von der französischen Flotten-Station vor Neapel schreibt man vom 23. Juni, daß, den dem Geschwader zugehenden Verproviantirungen nach zu urtheilen, dasselbe bestimmt ist, noch lange dort zu bleiben, und daß die Engländer ihrerseits noch nicht Niene machen, vor Neapel zu erscheinen.

Der Graf von Montemolin, Sohn des Don Carlos, hat um die Hand der Prinzessin Charlotte, Schwester des Königs von Neapel, angehalten; der König von Neapel hat sie ihm zugesagt, bis jetzt ist aber noch nichts über den Zeitpunkt bestimmt, wann die Heirath Statt finden soll. Der spanische Gesandte am neapolitanischen Hofe hat gegen diese Heirath protestirt. Seine Regierung hat diesen Akt bestätigt und ihm den Befehl ertheilt, seine Protestation zu erneuern und sich zurückzuziehen, wenn der König von Neapel derselben keine Genugthuung gebe. Ein spanisches Dampfschiff ist nach dem Hafen von Neapel abgesandt worden, um daselbst zur Verfügung des Gesandten zu bleiben.

Großbritannien und Irland

London, d. 2. Juli. Nach dem heute Morgen um 1/2 9 Uhr erlassenen Bulletin hatte sich der Zustand Sir Robert Peel's bedeutend verschlimmert, so daß man das Aergste befürchten mußte. Wie gestern, war sein Haus von Personen aus allen Ständen belagert, deren Theilnahme durch den ärztlichen Bericht in Besorgniß verwandelt wurde. Um 2 Uhr Nachmittags erschien auch der Prinz Albert, der sich bereits in den Morgenstunden durch einen königlichen Boten nach dem Befinden des hohen Patienten hatte erkundigen lassen. Etwas nach 2 Uhr hatte Sir Benjamin Brodie (Leibarzt der Königin) eine Consultation mit mehreren anderen ausgezeichneten Ärzten, worauf folgendes Bulletin ausgegeben wurde: Sir Robert Peel erklärt, daß er weniger leide, und er befindet sich eben so wohl, wie heute Morgen. — So groß war die Ungeduld, mit der man dem Berichte entgegen sah, daß der anwesende Polizeibeamte diesen Drakelspruch der harrenden Menge laut vorlesen mußte. (S. die telegraphische Depesche in unserer gestrigen Nr. d. C.)

Das Ministerium hat gestern im Oberhause wieder eine Niederlage erlitten, indem bei der ersten Klausel der Bill zur Erweiterung des irländischen Wahlrechts ein Amendement des Grafen von Desart, welches, gegen den Antrag der Minister, die Armen-Taxe, die nach dieser Bill in Irland fortan zur Ausübung des Wahlrechts befähigen soll, von 8 auf 15 Pfd. St. jährlich erhöht, mit 72 gegen 50, also mit einer Majorität von 22 Stimmen angenommen wurde.

Freie Gemeinde.

Sonntag Nachmitt. Punkt 2 Uhr Vortrag von Wislicenus.

Fonds- und Geld-Cours.

Berlin, den 5. Juli.

	Sf.	Brief.	Geld.		Sf.	Brief.	Geld.
Pr. freiw. Anl.	5	—	106 1/2	Pomm. Pfandbr.	3 1/2	95 1/2	95
St. Schuldsch.	3 1/2	86 5/8	86 1/8	R. u. Am. do.	3 1/2	96 1/8	—
Sech. Pr.-Sch.	—	—	103 3/4	Schleßische do.	3 1/2	—	95
Kur. u. Reum.	—	—	—	do. Lit. B. gar.	—	—	—
Schuldversch.	3 1/2	—	—	rant. do.	3 1/2	—	—
Brl. Stadtbl.	5	—	103 3/4	Pr. Bl.-A.-Sch.	—	99 3/4	97 3/4
do. do.	3 1/2	—	84 1/4	—	—	—	—
Bayr. Pfandbr.	3 1/2	—	—	Friedrichsd'or	—	13 7/16	13 1/16
Groß. Pof. do.	4	—	100 1/2	And. Goldm. à	—	12 5/16	11 12/16
do. do.	3 1/2	90 7/8	90 3/8	5 #	—	—	—
Bayr. Pfandbr.	3 1/2	93 3/4	93 1/4	Disconts	—	—	—

Eisenbahn-Actien.

Table of railway stocks with columns for company names (e.g., Berl. Anst. Lit., Hamb. A. B.), share values, and other financial details.

Leipzig, den 5. Juli.

Table of state papers (Staatspapiere) with columns for type (e.g., Königlich sächsische), interest rates, and market status (Anges. boten, Gesucht).

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuß. Gelde.)

Magdeburg, den 5. Juli. (Nach Wispehn.)

Table of grain prices for Weizen, Roggen, Gerste, and Hafer.

Nordhausen, den 2. Juli.

Table of grain prices for Weizen, Roggen, Gerste, and Hafer in Nordhausen.

Berlin, den 5. Juli.

Table of grain prices for Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, and other products in Berlin.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 5. bis 6. Juli.

List of arrivals (Fremdenliste) including names and locations of visitors.

Bekanntmachungen.

Substitutions-Patent.

Da ertheilungshalber das zu dem Nachlasse des zu Giersleben verstorbenen Freisassen Christian Weyhe nachgelassene

Freigut, hinter dem von Braunbehrens'schen Rittergute gelegen, nebst allem Zubehör an Gebäuden Hof und Garten, dabei befindlichen 6 Hufen Aekern, 1 Morgen Gras, 4 Weidenfabeln, einer Grafekabel am Schierstedter Busche, einer Zehndgerechtigkeit über dem Wasser, auch 37 1/2 M. Freiadern und 5 3/4 M. Wiese, mit der diesjährigen Erndte, sämmtlichem Viehstande, Schiff und Geschir, auch Wirthschaftsgeräthen, wovon die Taxe ohne die diesjährige Erndte 31,802 R^r 12 gGr. in Pr. Cour. beträgt,

mit den auf den Grundstücken haftenden Abgaben und Lasten, bei hiesigem Justiz-Amte zum meistbietenden Verkauf gestellt, zu desfalligen Versteigerungsterminen aber

- der 2. August d. J. als erster,
- der 2. Septbr. als zweiter, und
- der 3. October e. als letzter

und peremptorischer anberaumt worden, so werden Herzoglichen Amtes wegen besitz- und zahlungsfähige Kauflustige hierdurch geladen, in einem der bemerkten Termine, besonders in dem letztern, welcher von 10 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags ansteht, im Gerichtshause zu Güstern zu erscheinen, die Verkaufsbedingungen anzuhören, ihre Gebote abzugeben und zu gewärtigen, daß dem Meistbietenden, der sich nöthigenfalls über seine Zahlungsfähigkeit auszuweisen und ausreichende Sicherheit zu bestellen hat, nach abgegebener Erklärung der Erbinteressen gegen Bezahlung des Kaufgeldes der Zuschlag werde ertheilt werden.

Urfundlich unter Siegel und Unterschrift.

Amt Warmisdorf, am 30. Juni 1850.
Herzogl. Anhalt. Justiz-Amt
 daselbst.
 (L. S.) Haedicke.

Jagd-Verpachtung.

Die Jagdnutzung der innerhalb der Quilschönaer Feldmarksgrenze betrefsenden Jagdberechtigten soll Freitag den 12. d. Mts. Nachmittags 3 Uhr in der Schenke zu Quilschöna auf 6 nach einander folgende Jahre unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich verpachtet werden.

Der Ortsvorstand.

Holzverkauf.

In der Oberförsterei **Bischofrode** sollen Montag den 15. Juli d. J.:

A. aus dem Unterforst Bornstedt, Schlag Ameisenecke, circa

- 1 Stück eichene Nughämme,
- 40 Schock eichene Abraum-Wellen,
- 3 = Strupp-Wellen,
- 42 Klaftern eichene Stücken;

B. aus dem Unterforst Nothenschirnbach, Schlag Saalholz, circa

- 1 1/2 Klaftern eichenes Nugholz,
- 1 = = Scheitholz, und
- 20 = eichene Stücken,

öffentlich meistbietend verkauft werden, wozu Kauflustige sich Vormittags 9 Uhr im Schlage Ameisenecke und Mittags 1 Uhr im Schlage Saalholz einfinden wollen. Die Verkaufsbedingungen werden im Termine bekannt gemacht und können Zahlungen für erstandene Hölzer gleich nach Beendigung der Licitation an Ort und Stelle geleistet werden.

Bischofrode, den 5. Juli 1850.

Der Oberförster
 (gez.) Keuffel.

Hiermit erlaube ich mir die ergebene Anzeige zu machen, daß ich von Einem Wohlöbl. Magistrat und dem Verein für den Halle'schen Handel als **vereidigter Waaren- und Wechsel-Sensal**

für hiesigen Platz ernannt bin. Ich empfehle mich daher zu An- und Verkäufen von **Colonialwaaren und Landesprodukten** aller Art, unter Versicherung einer stets reellen und prompten Bedienung.

Halle, den 1. Juli 1850.

Gustav Dietlein,

Klausthor Nr. 2167, 1 Treppe.

Den Herren **Zuckersiederei-, Brennerei- und Delmühlen-Besitzern** empfehle ich mich ebenfalls zum Verkaufe ihrer **Fabrikate** für hiesigen Ort, und versichere unter billigt gestellter **Provision** einen stets schnellen und guten Absatz.
Gustav Dietlein.

Auf dem Reußner'schen Gute in Gödewitz stehen wegen Veränderung der Wirthschaft 35 Stück Kämmer zum Verkauf.

Ein Mädchen, welches die Küche **vollkommen versteht**, findet zum 1. October einen Dienst als Köchin bei dem Professor Erdmann. Meldungen werden erwartet in den Stunden von 3 bis 6 Uhr Nachmittags Promenade Nr. 1491a.

Annonce.

Im Seltethale unterm Falkensteine im Harz soll ein Mühlengrundstück, welches bisher zur Papierfabrikation benutzt ist, nebst Wiesenantheil aus freier Hand verpachtet werden. Dasselbe eignet sich zu Fabrik-Anlagen auch anderer Art, da die Wasserkraft ein Gefälle von 12 Fuß hat und in der Nähe Holz und sonstiges Material vorhanden ist.

Das Etablissement kann sofort übergeben werden, und wollen sich Pachtlustige persönlich oder in frankirten Briefen an den Unterzeichneten wenden.

Ascherleben, den 4. Juli 1850.

Dürre,
 Rechts-Anwalt und Notar.

In einer freundlichen Stadt am Fuße des Thüringer Waldes beabsichtigt ein Kaufmann, der 22 Jahr sein blühendes Schnittwaarengeschäft betrieben hat, dasselbe mit den Vorräthen, worunter viele wollene Tücher von allen Farben und guter feiner Qualität, sobald wie möglich zu verkaufen, um sich in Ruhe zu setzen, weil er kinderlos ist, und deshalb kein Vergnügen mehr daran findet. Alle jungen Männer, denen daran gelegen ist, sich vortheilhaft zu plaziren, mögen ihre Anfrage unter Adresse J. L. in S. franco an die Exped. des Couriers zur Weiterbeförderung einschicken. Auch kann das Haus, in welchem das Geschäft besteht, 3 Stock hoch mit Hintergebäuden und Garten, mit in Kauf genommen werden.

Bäckerei-Verpachtung.

Eine Bäckerei ist zu verpachten bei dem Windmüller in Bscherben.

Holzhandlung.

Dem geehrten Publikum erlaube ich mir mein Lager von allen Sorten Bretter, Latzen, Bauholz, Kiefern, Eichen- und Birkenbohlen in jeder Länge und Stärke zur gefälligen Abnahme bestens zu empfehlen.

Alsleben a/S., den 5. Juli 1850.
 Carl Ackermann.

Mansfelder Berg-Weine,

1846r, ausgezeichnetes Gewächs, roth und weiß, das Quart 8 \mathcal{R} , die Weinflasche 6 \mathcal{R} ;
Land-Wein, das Quart 5 u. 6 \mathcal{R} , bei W. Fürstenberg.

Veränderungshalber ist mitten in der Stadt, an frequentester Straße und Lage, ein großes Haus nebst großen Hintergebäuden und Hofraum, mit geringer Anzahlung sofort zu verkaufen. Näheres auf portofreie Briefe unter der Adresse G. H. poste restante Halle.

Auction von Feldfrüchten auf dem Stiele.

Freitag den 12. Juli sollen in der Duescher Feldmark mehrere zum Nachlaß des Gastwirths Elias Winkler gehörige Parzellen Weizen, Roggen, Gerste, Wicken, Gerste und Hafer an Ort und Stelle unter den um 10 Uhr Morgens im Gasthose „Zur Weintraube“ bekannt zu machenden Bedingungen gegen baare Zahlung in preuß. Courant meistbietend versteigert werden.

Duesch, den 5. Juli 1850.

Heinrich Winkler,
Vormund der Winkler'schen Erben.

(Offene Oekonomie-Inspectorstelle.) Auf einem größeren Rittergute ist die Inspectorstelle zu besetzen durch das Comtoir von

Clemens Warnecke
in Braunschweig.

Bekanntmachung.

Veränderungshalber bin ich gesonnen, mein am Graben zwischen Cario und Gehrhardt sub Nr. 610 belegenes Wohnhaus, in welchem drei Stuben, drei Küchen, 7 Kammern, ein Waschhaus, Stallung zu vier Pferden, zwei Schweineställe, drei schöne Keller und ein großer Hof sich befindet, aus freier Hand zu verkaufen. Dieses Haus eignet sich vorzüglich für einen Färber, Roth- oder Weißgerber, weil hinter diesem Hause der Mühlbach fließt. Kaufliebhaber wollen sich gefälligst an mich selbst wenden.

Eisleben, am 5. Juli 1850.

Carl Schwarz, Schuhmachermeister.

Ein Hofmeister, welcher die Brennerei mit besorgen soll, wird auf dem Rittergute Delschau bei Leipzig gesucht.

Ein ganz neuer **Daguerreotypie-Apparat** mit vollständigem Zubehör ist billig zu verkaufen. Auch kann der Käufer gegen billige Vergütung das Daguerreotypieren erlernen. Zu erfragen beim Goldarbeiter Lehnhardt in den Neunhäusern.

Für jede Hauswirthschaft unentbehrlich!

Wiener Puzpulver

in Packeten à 2 und 1 \mathcal{L} .

Mitteltst dieses Pulvers kann man augenblicklich allen Metallen, als Gold, Silber, Kupfer, Messing, Zinn, Stahl, Eisen u. den prachtvollsten tiefsten Glanz ertheilen. Dasselbe ist zu haben in Halle bei

C. Haring, Nr. 200.

Kocherbsen kauft

Aug. H. Ziegler, Märkerstr. Nr. 158.

Der Venetianische Kunstbazar,

aus **tragbarem Damenputz von Glasgespinnst**, wie Hüte, Hauben, Kragen, Schleifen u. s. w. und andern künstlichen Glasgegenständen für Nipptische bestehend, wird, in Folge des sehr zahlreichen Besuches, noch bis zum **9. Juli incl.**, mit Ausnahme von 1—3 Uhr Nachmittags, täglich von 10 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends geöffnet bleiben. — Entrée für Erwachsene 5 \mathcal{S} gr., Kinder die Hälfte, wofür jeder Gast einen in seiner Gegenwart gearbeiteten kleinen Nipptischgegenstand wählen kann. — Das Nähere

L. v. Kraus, Glaskünstler aus Venedig,
im Saale des Thüringer Bahnhofes.

Vom 2. Juli dieses Jahres an erscheint im Verlag der Reichardt'schen Buchhandlung zu Eisleben ein

Oeffentlicher Anzeiger für die Grafschaft Mansfeld.

Gerichtliche Bekanntmachungen, Anzeigen des handel- und gewerbetreibenden Publikums, Familiennachrichten u. a. m., finden durch dies Blatt eine große Verbreitung; auch ist durch viermaliges Erscheinen in jeder Woche die Gelegenheit zu rascher Verbreitung gegeben. Ein Theil des Inhalts ist belehrender Unterhaltung gewidmet. Preis des Vierteljahrs 8 \mathcal{S} .

Zu Michaelis ist das im Gasthose zur goldenen Kugel, jetzt vom Herrn Expediteur Desmann bewohnte Lokal, bestehend in 1 Comtoir, 1 großen und 1 kleinen Stube, Küche, Keller, nebst 1 großen Niederlage, anderweit zu verpachten. Auch wird im Einzelnen das Comtoir (welches sich zu einem kleinen Kaufmannsgeschäft eignet) nebst Niederlage verpachtet. Näheres darüber ertheilt

C. F. Mente senior.

Ein Gasthof zwischen Borna und Grimma, mit mehreren Realrechten, guten Gebäuden, circa 160 Morgen Feld, Wiesen und Holz, soll mit wenig Anzahlung verkauft werden. Das Nähere pr. Adresse A. B. franco Leipzig poste restante.

Königsschießen in Stadt Altleben a/S. vom 14. bis 21. Juli.

Die Einführung des Königs erfolgt am genannten Tage. Zur gefälligen Theilnahme ladet freundlichst ein

**der Vorstand
des Schützen-Vereins.**

Magdeburger Bahnhof.

Sonntag den 7. Juli Gesellschaftstag und Tanzvergnügen. **Anfang 4 Uhr.**

Bürgergarten.

Morgen, Montag, den 8. Juli, von Abends 7 Uhr an **Horn-Concert**, gegeben von dem Hornisten-Chor des Füsilier-Bataillons 19. Inf.-Regim. nebst brillanter Garten-Erleuchtung.

Frischer Kalk den 9. Juli in der Kirchner'schen Ziegelei am Klausthor.

Lachmunds Kaffeegarten.

Montag Concert, Abends Gartenerleuchtung.

Sonntag den 7. Juli **Militair-Concert** in **Funks Garten**. Anfang 4 Uhr. Entrée für Herren à Person 2 \mathcal{S} gr., für Damen à Person 1 \mathcal{S} gr. Das Musikchor Königl. 19. Inf.-Reg.

Montag den 8. Juli **Militair-Concert** in **Funks Garten**. Anfang 6 Uhr. Entrée für Herren à Person 2 \mathcal{S} gr., für Damen à Person 1 \mathcal{S} gr. Das Musikchor Königl. 19. Inf.-Reg.

Familien-Nachrichten.

Verlobungs-Anzeige.

Als Verlobte empfehlen sich nur auf diesem Wege:
die verwitwete Friederike Hermann geb. Morgner,
Friedrich Lösch, Färbereibesitzer.
Halle u. Bitterfeld, d. 4. Juli 1850.

Todes-Anzeige.

Nach fast siebenmonatlichem Kranklager verschied heute früh um 4 $\frac{1}{4}$ Uhr der Justizrath Dr. Dryander, in einem Alter von beinahe 68 Jahren. Diesen schmerzlichen Verlust melden theilnehmenden Freunden und Bekannten die trauernden Hinterbliebenen.
Halle, den 5. Juli 1850.

Gebauer'sche Buchdruckerei in Halle.

Deutschland.

Berlin, d. 5. Juli. Wir sind zu den folgenden authentischen Berichtigungen von Nachrichten ermächtigt, welche über den so eben Namens des Bundes von Preußen abgeschlossenen Friedensvertrag durch die Presse laufen und für die böswilligsten Verdächtigungen Preußens ausgebeutet werden. Es ist unwar: daß Preußen einen Separatfrieden abgeschlossen; unwar, daß es seine Mitwirkung zur Auflösung oder Reducirung der schleswig-holsteinischen Armee zugesagt; unwar, daß es den Dänen ein Recht auf Rendsburg oder Friedrichsort, oder irgend ein holsteinisches Gebiet zugesprochen; unwar, daß es die Successionsfrage in irgend einer Weise präjudizial behandelt habe. Die durch mehrere Blätter laufenden, angeblich aus dem Friedensvertrage herrührenden französischen Citate sind eben so falsch. Es ist einleuchtend, daß vor der Ratification eine Veröffentlichung der Aktenstücke von keiner der beiden kontrahirenden Seiten erfolgen kann und daß deshalb den Verdächtigungen und Verleumdungen völlig freier Spielraum gelassen ist; für den Unbefangenen aber wird zunächst die Thatsache genügen, daß Preußen durch den Friedensabschluß ganz in die Reihe der übrigen deutschen Bundesstaaten Dänemark gegenüber zurücktritt, und daß nunmehr das Privilegium, wegen der schleswig-schen Sache gelästert zu werden, welches der einzige Lohn für seine Opfer in dieser Angelegenheit war, für Preußen in Sonderheit wegfällt. Diejenigen deutschen Staaten, welche den bisherigen Waffenstillstand nicht anerkannt, den Bundeskrieg aber bisher — mit Worten — und zwar nur gegen Preußen, nicht gegen Dänemark fortgeführt hatten, haben nun Gelegenheit, in den Vordergrund zu treten. (D. R.)

Das „E.-B.“ berichtet, daß die von ihm gemeldete Ernennung des Regierungs-Präsidenten v. Wicleben in Merseburg zum Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg noch nicht definitiv erfolgt sei.

Hadersleben, d. 2. Juli. Reisende, die von Jütland kommen, erzählen, daß die dänische Armee weiter nach Süden gerückt ist, und daß von Horsen bis dicht vor Goldberg jedes Dorf sehr stark belegt ist. Eine Abtheilung Kavallerie soll nach Südwesten gegangen sein.

Italien.

Nachrichten aus Palermo zufolge sind die kürzlich verbreiteten Gerüchte über dort ausgebrochene Unruhen und blutige Konflikte zwischen den Truppen und dem Volke durchaus ohne Grund, wenn auch dergleichen bei den dortigen Zuständen nicht gerade befremden würde. In den ersten Tagen d. M. wird, zum ersten Male seit 1848, das Fest der heiligen Rosalie wieder gefeiert werden, welches fünf Tage dauert und einen Zufluß von Leuten aus der Provinz und vom Lande herbeizuführen pflegt. Möglich, daß diese Gelegenheit von den Unruhestiftern zu einem Ausbruch benutzt werden könnte. Inzwischen sind alle Maßregeln getroffen, jeden Versuch hierzu im Entstehen niederzuschlagen. Der Statthalter Fürst Satriano-Filangieri beschäftigt sich eifrig mit der Herstellung einer geordneten und zweckmäßigen Verwaltung. Die Polizei auf dem Lande ist besoldeten Regierungsbeamten übergeben; überall sind große Heerstraßen zwischen den Hauptstädten der Insel im Bau begriffen, die Trennung der Finanzverwaltung von derjenigen Neapels ist rücksichtlich der Staatsschuld bereits ausgeführt.

Frankreich.

Paris, d. 3. Juli. Die Frage in Bezug auf die Vertagung der National-Versammlung wurde heute und

gestern vielfach in den Bureaux derselben von den Repräsentanten besprochen. Ein Theil der Mitglieder hält unter den gegenwärtigen Umständen eine Prorogation für bedenklich, und selbst die „Union“, die gewiß nicht zu den alarmirenden Blättern gehört, fordert heute die Volksvertreter auf, das Land nicht „diesem gefährlichen Versuch bestehen zu lassen.“ Dessen ungeachtet unterliegt es keinem Zweifel, daß die Legislative auch dieses Jahr, und zwar nach dem Botum über das Budget für 1851 und über das Preßgesetz, ihre Ferien antreten werde, und es wurde nur über den Anfang und die Dauer berathschlagt. Montalembert beantragte im zweiten Bureau eine Vertagung vom 15. August bis zum 15. November, einige Mitglieder waren der Ansicht, daß die Prorogation bloß 1½ Monat dauern solle; zwei Repräsentanten stellten den Antrag, daß, vom 1. August angefangen, wöchentlich bloß zwei Sitzungen gehalten werden und die Volksvertreter abwechselnd in Kategorien von 150 Personen einen einmonatlichen Urlaub erhalten sollen. Dieser Antrag wurde der Urloabs-Commission zugewiesen. In mehreren Bureaux wurde die Prorogation einstimmig votirt.

Die Nachrichten aus den Departements lassen erwarten, daß viele Generalräthe sich über die Revision der Verfassung und dadurch mittelbar auch über die Verlängerung der Präsidentschaft Louis Napoleon Bonaparte's aussprechen werden.

Aus Boulogne hört man von neuer Aushebung für die Marine in allen Häfen. Ein Mörder Lichnowsky's, Wispert, ist auf kurhessische Requisition eben ausgeliefert worden.

Paris, d. 4. Juli. In der Legislativen fand die Präsidentschaftswahl statt. Dupin wurde wieder gewählt. Vize-Präsidenten wurden Bedeau, Daru, Benoist, Dazy, Faucher. — Der österreichische Gesandte Jübner ist plötzlich abgereist. Die Ursache dieser Abreise ist bis jetzt unbekannt. — Das Ministerium schließt sich dem Kommissions-Amendement für das Preßgesetz an.

Königl. Kreis-Gericht zu Halle.

Öffentliche Sitzung der 3. Deputation für Verbrechen am 4. Juli 1850.

1. Die verhehlichte Marie Rosine Raue geb. Schrike und der Knabe Carl Raue aus Friedrichschorz sind eines Diebstahls an Feldfrüchten geständig und werden vom Gericht mit resp. drei- und zweiwöchentlichem Gefängnis bestraft, zwei Mitangeklagte dagegen, gegen die ein hinreichender Verdacht nicht vorlag, der Theilnahme am Diebstahl für nicht schuldig erachtet.

2. Der Fischermeister Christian Knöchel ist angeklagt, seine Schwiegertochter auf offener Straße geschimpft, mit der Faust auf Kopf und Gesicht geschlagen, sie zu Boden geworfen und getreten zu haben. Da er nicht erschienen war, so werden die Zeugen vernommen und auf Grund ihrer Aussagen der Angeklagte der thätlichen und wörtlichen Beleidigung, sowie der leichten Körperverletzung seiner Schwiegertochter für schuldig erachtet und mit einer achtwöchentlichen Gefängnisstrafe bestraft.

3. Der Handarbeiter Leopold war wegen versuchter schweren Körperverletzung eines Menschen, event. wegen gefährlichen Drohungen und Erregung von Unruhe auf der Strafe angeklagt, wurde jedoch vom Gericht für nicht schuldig erklärt.

4. Die unverhehlichte Frischleder aus Cönnern hat in einem geständiglich von ihr selbst an das Königl. Kreisgericht zu Eisleben geschriebenen und abgefassten Briefe dieses Gericht der Bestechlichkeit gezeihen und wurde deshalb wegen Beleidigung dieser Behörde zu einer vierwöchentlichen Gefängnisstrafe verurtheilt.

5. Die verhehlichte Salinenarbeiter Linne, geb. Zippel von hier, hat in Folge vorangegangenen Streits das Fenster der E.schen Wohnstube mit der Faust eingeschlagen. Sie wird daher vom Gerichte der Beschädigung fremden Eigenthums aus Rache oder Bosheit schuldig erachtet und zu einer dreimonatlichen Zuchthausstrafe verurtheilt.

6. Die Öffentlichkeit der Verhandlung in der letzten Sache wird aus Rücksichten der Sittlichkeit ausgeschlossen. Das Gericht achtet die Angeklagte, unverhehelt. Thondorf, des ihr zur Last gelegten Verbrechens schuldig und verurtheilt sie zu achtwöchentlicher Zuchthausarbeit.

Bekanntmachungen.

Retourbriefe.

1) An den Schuhmachergesellen Grunert in Eiben, mit 1 R. A. 2) An Frau Schaafen in Halle. 3) An den Schlossermeister Bar in Merseburg. 4) An den Feilenhauer-Meister Aberstein in München. 5) An Hrn. Wegner, stud. jur. in Berlin. 6) An Rosine Ruff in Leipzig. 7) An den Conducteur Kubale hier.

Halle, den 6. Juli 1850.

Königl. Post-Comptoir.

Auction.

Donnerstag den 11. d. M. und folg. Tage, von Nachm. 2 Uhr ab, werden in dem Auctionszimmer auf dem Hofe des hies. K. Kreisgerichts 3 silb. Taschenuhren, 1 neusilberne Kandare u. 2 Paar dergl. Steigbügel, 93 Stück div. Glanztapeten in passenden Partien mit Bordüren, 81 Stück div. Bordüren, 2 Landschaften zu 25 u. 30 Blatt, franz. Tapeten, 6000 St. Cigarren, 3 Guitarren, 15 Schachteln Spielzeug, 6 Duzend Präsentirteller u. Obstkörbchen, 2 Duzend Lichtscheeren, 3 Duzend Scheeren, 40 Duzend Ohrringe, Fingerringe, Ohrglöckchen, Broschen u. Halsketten, 48 St. Tabackspfeifen, 10 Duzend Rohrstöcke, 24 Duzend Taschenmesser, Tischmesser u. Gabeln, 6 Duzend P. Hofenträger, 12 Duzend Brieftaschen, Gelbbörsern, Uhrschnüre, Kindertaschen u. Strumpfbänder, Meubles, Haus- u. Küchengeräthe, 18 St. eichene ausgelegte Rohrstühle, 3 dergl. Tische, 3 Rohrbänke, Kleidungsstücke, Betten, Wäsche u. andere Sachen gerichtlich verauctionirt werden.

Mit den Tapeten u. Galanteriewaaren wird der Anfang gemacht.

Graewen, Auct.-Comm.

Ein englisches Kummteschirr und mehreres Sattlerwerkzeug ist zu verkaufen große Brauhausgasse Nr. 365.

Große Ulrichsstraße Nr. 24 ist die obere Etage zu vermieten und vom 1. October ab zu beziehen. Näheres ist daselbst eine Treppe hoch zu erfragen.

Ein mit guten Attesten versehener Kellner sucht sofort Unterkommen durch J. G. Fiedler in Halle, Nr. 209.

Fr. Lange, geprüfter und selbst an Brüchen leidender Bandagist, gr. Ulrichsstr. Nr. 66, empfiehlt Bandagen jeder Art.

Neue Ausgabe von Shakespeare's dramatis. Werken.

Wir erhielten so eben:

Shakespeare's dramatische Werke,

übersetzt von Schlegel und Tieck,

18 Bändchen mit Stahlstich in 16.

Preis 10 \mathcal{R} .

Diese neue Ausgabe erscheint in 12 Bänden, jeder Band mit einem Stahlstich.

Preis für jeden Band 10 \mathcal{R} .

Prospecte mit Druckproben geben wir gratis aus.

Halle.

G. C. Knapps Sort.-Buchh.

(Schroedel & Simon).

Gute reife abgebeerte Sauerfirschen kauft zum höchsten Preise
F. W. Rüprecht,
kleine Klausstraße Nr. 975.

Ein ordentliches, in der Küche erfahrenes Mädchen findet sogleich einen Dienst Herrenstraße Nr. 2102.

Ein junger Mann findet als Delonomielehrling auf dem Rittergute Reibeburg eine freundliche sofortige Stellung. 

Sonntag den 14. Juli ladet zum Sternschießen ein
der Gastwirth Kühlemann
in Steuden.

Frischer Kalk ist zu haben bei
J. F. Stegmann.

Laden-Vermiethung.

Ein in der Leipziger Straße sehr vortheilhaft gelegener Laden ist zu vermieten und kann zu Michaelis d. J. bezogen werden. Das Nähere zu erfragen Nr. 320 im Laden.

Eine geräumige Wohnung von 3 Stuben, 3 Kammern, Küche und Zubehör, auf Verlangen auch mit Pferdestall und Schüttboden, hat an eine Familie ohne kleine Kinder zu vermieten J. G. Fiedler in Halle, kl. Steinstraße Nr. 209.

Eine freundliche Wohnung an der Promenade ist für 50 \mathcal{R} an eine kinderlose Familie zum 1. October zu vermieten durch J. G. Fiedler, Nr. 209.

Ein mit guten Zeugnissen versehener Verwalter sucht unter bescheidenen Gehaltsansprüchen sofort eine Stelle durch J. G. Fiedler, kl. Steinstraße Nr. 209.

Gebauer'sche Buchdruckerei in Halle.

Mercadier Fabre's aromatisch-medicinische Seife,

von mehreren der berühmtesten Herren Aerzte als das vorzüglichste und heilsamste Mittel gegen gichtische Leiden, Flechten, Sommersprossen zc. anerkannt, und welche auch zur Anwendung als Toiletten-Seife sehr zu empfehlen ist, indem sie die Haut geschmeidig und weiß macht und dieselbe in frischem und belebten Ansehen erhält, wird fortwährend in der Papierhandlung von Th. Henning in Halle in grünen versiegelten Packeichen à Stück 5 \mathcal{R} , mit der Dr. Graefe'schen Gebrauchs-Anweisung und meinem Siegel versehen, verkauft.

J. G. Bernhardt in Berlin.

Ein Logis von 2 Stuben, 3 Kammern, Küche und Zubehör, wird zum 1. October von einer stillen Familie zu miethen gesucht. Offerten bittet man sub A. F. Bräuderstraße Nr. 220 bei Schnei-der abzugeben.

1000 Thaler, erste Hypothek, mehrfache ländliche Sicherheit, werden zum Gediren gesucht. Die Acten sind einzusehen in der Tapetenfabrik von Kummer, Nr. 1041.

Tivoli-Theater.

Sonntag den 7. Juli: Zum ersten Male: Die Erholungsreise von Naumburg nach Halle, oder: Der Höhenstädter Champagner-Reisende aus Gisleben, Posse in 1 Akt von A. R. — Hierauf: Das Geheimniß, Operette in 1 Akt von Herklotz, Musik von Solié.

Montag den 8. Juli keine Vorstellung. 

Dienstag den 9. Juli: Die Schleihändler, oder: Das Rendezvous am Kassenstein, Lustspiel in 4 Akten.